

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großsch und Zwenkau behörliche Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Karlsruh, Pögnau und Taucha

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.80 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beklageld. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 Gelpalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorchrift 40 Pfg. Familiennachrichten von Privaten mit 50%, Nachsch. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Reklamezeile 2 M. Inserate von auswärts: die 10 Gelpalt. Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorchrift 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

„Frühling am Reichsgericht“

Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller Mitglied der Hitler-Partei

Nazi-Zellen im Palais Dr. Bumkes

In unserem Bericht über die Nationalsozialistische Juristen-tagung in Leipzig gaben wir unter anderem das Wort des Führers des Nationalsozialistischen Juristenbundes, Rechtsanwalt Frank II, München, wieder, wonach am Reichsgericht der Frühling einge-zogen wäre, d. h. ein nationalsozialistisch denkender Richter vorhanden sei. Den Namen dieses „Frühlingshelden“ verschwieg Herr Frank. Warum? Wenn er im Sonderheft „Deutsches Recht“ seiner politi-schen Wochenchrift „Die andere Seite“ nur von einem „deutschen Richter“ zu berichten weiß, und als solchen den aktiven Reichs-gerichtsrat Dr. Georg Müller bezeichnet, dann ist wohl jede Geheimnistuerei in dieser Hinsicht überflüssig.

Mit Herrn Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller hat sich die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt. Was Geistes Kind er ist, ergibt sich aus seiner Stellungnahme zu dem kürzlich er-schienenen Buche „Gefesselte Justiz“, das die niederträchtigsten Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen enthält. Dieses Buch, das jeder anständige und rechtlich denkende Mensch mit Abscheu aus der Hand legt, (selbst führende deutschnationale Juristen haben es scharf verurteilt), erweckt keineswegs den Widerwillen des Herrn Reichs-gerichtsrats Müller. Vielmehr ist ihm „Ziel und Leit-gedanke dieses Buches“, wie er mit anerkennenswerter Offenheit in einem Briefe an den Verleger des Jarnowschen Buches zum Ausdruck bringt, „aus der Seele gesprochen“. Und weiter schreibt Herr Reichsgerichtsrat Müller in diesem Briefe u. a.:

„Säßen wir eine unverblendete Volksgemeinschaft, dann müßte es auf dieses Buch hin wahr werden: Antwort erscholl wie Sturm und Meergeräusch: Herr Gutten, setz an und räum aus. Aber freilich, woher käme uns heute ein Gutten? ...“

„So ist also der nationalsozialistische Frühling ins Reichsgericht einge-zogen „mit Sturm und Meergeräusch“ und mit dem Wunsche „kollat an und räumt aus!“

Nicht die Ueberbleibsel einer vergangenen volksfeindlichen Zeit, sondern die Republik und die Demokratie sollen angefaßt und ausgeräumt werden.

„Über woher käme uns heute ein Gutten?“ fragt am Schlußse Herr Reichsgerichtsrat Müller melancholisch. Warum so traurig? Das ist doch für den Herrn Reichsgerichtsrat keine Frage. Er weiß doch genau, woher ein „Gutten“ kommt. Ist er nicht schon vor Jahren in den Braukellern Münchens „von Gott erweckt und gesandt“ worden? Und „schimmert“ nicht der Herr Reichsgerichtsrat Müller mit dem Herrn Landgerichtsdirektor von Maszkowsky vor

Freude um die Wette, wenn die Namen der nationalsozialistischen Meßlaffe ertönen?

So weit sind wir nun in der deutschen Republik. Frühling am Reichsgericht — April — — —

In der „Vossischen Zeitung“ legte der Leipziger Rechtsanwalt Hermann Martin dar, daß demnächst die Stelle des Präsidenten des 4. Strafenats neu besetzt werden müsse. Der 4. Strafenat fungiert als provisorischer Reichsverwaltungsgerichtshof, als die oberste Instanz, die im Republikshukungsbereich vorgesehen ist. Durch die Notverordnung vom 28. März wird dem 4. Strafenat eine ganz besonders große Verantwortung zugemessen. Der 4. Strafenat ist die letzte Berufungsinstanz, die in der Notverordnung vorgesehen ist. Es ist durchaus verständlich, wenn die Körperkoller das Bemühen haben, ihren Einfluß gerade an dieser Stelle geltend zu machen. Herr von Maszkowsky würde einen Sprung in den nächsten Frühling machen, wenn das gelingen würde. Dann würde die Republik ebenso beschützt, wie Herr Dr. Fric die republikanischen Einrich-tungen in Thüringen „schützte“.

Jedenfalls richten wir das Augenmerk des Herrn Staats-sekretärs Joel — der das verwaiste Amt des Justizministers im Reich zu betreten hat — auf den Herrn Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller, der auf der nationalsozialistischen Juristentagung in Leipzig als die erste Frühlingsschwabe des Herrn Maszkowsky bezeichnet worden ist. Die Spähen pfeifen von den Wahrzeichen byzantinisti-scher Zeiten; die an und auf dem Reichsgericht noch in überreicher Fülle zu finden sind, jedem Kundigen ins Ohr, daß Herr Dr. Georg Müller nicht der einzige sei, der mit Herrn von Maszkowsky Früh-lingsgrüße tauscht. Vom Staatssekretär Dr. Joel dürfte in dieser Richtung nicht allzuviel zu erwarten sein. Aber das Reichskabinett wird die besondere Aufgabe haben, den Nazimtrieben in den Räumen des Reichsgerichtes eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Vor allem der Reichsinnenminister, Herr Dr. Wirth, wird sich mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. Was nützt ihm seine Notverordnung, wenn in der entscheidenden Berufungsinstanz etwa die Frühlingssboten des Herrn Dr. Frank — des vom Zentrum unmöglich gemachten Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Reichstage — ihre Zellen bauen?

Der Rechtsanwalt Hermann Martin hat dankenswerterweise auf die bevorstehende Neubesetzung im 4. Strafenat hingewiesen. Wir unterstreichen seine Bedenken und bringen unsererseits den Beweis dafür, daß die geäußerten Bedenken durchaus am Platze sind.

Die Revolution gewinnt eine Schlacht

Der Sieg der Sozialisten und Republikaner in Spanien

In der großen Politik gibt es jetzt eine Pause. Die Ka-binette sind nicht voll arbeitsfähig, da überall Minister ihren Urlaub über die Osterzeit hinaus verlängert haben. Für die kleineren Staaten ist das kein Nachteil. Finden sie doch mit ihren Sorgen und innerpolitischen Kämpfen um so eher grö-ßere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit der Welt. Ueber der Pyrenäenhalbinsel, mit der sich Europa, nur durch die schmale Straße von Gibraltar getrennt, bis nahe an Afrika heran- und in den Atlantischen Ozean hinauschiebt, weht ein scharfer revolutionärer Wind. Er hat auch Inselgruppen erfaßt, auf denen das ruhige Leben in den letzten Jahren nur durch das Saufen der Motoren der Flugzeuge unterbrochen wurde, die die Luftverbindung zwischen Europa und Amerika hergestellt haben. Von den Azoren berichtet der Draht über einen Aufstand gegen die portugiesische Herrschaft, nachdem schon Madeira, das die Begüterten der Welt von ihren Ver-gnügungsreisen her kennen, von dem Aufstand erfaßt worden ist. Die Inselbewohner wollen die militärische Diktatur ab-schütten. Sie erstreben ihre staatliche Selbständigkeit und bedrohen damit den letzten Rest des einst so mächtigen portu-giesischen Kolonialreiches mit dem weiteren Zusammen-schrumpfen. In Portugal selbst ist die Diktaturregierung be-müht, sich durch Truppenzusammenschickungen in der Hauptstadt Lissabon vor unerwünschten Ueberraschungen zu sichern. Aber es scheint, daß von einer tiefgehenden Bewegung gegen die Diktatur noch nicht gesprochen werden kann. Anders in Spanien. Hier hat die Bewegung gegen die Diktatur und die Monarchie wirklich die Massen des Volkes erfaßt und dem herrschenden System am Sonntag eine schwere Niederlage beigebracht.

Gemeinbewahlen haben, wie in anderen Ländern, so auch in Spanien in normalen Zeiten nicht eine entscheidende all-gemeinpolitische Bedeutung. Aber mit diesen spanischen Ge-meinbewahlen liegt es anders. Sie sollten nach acht langen Jahren, die eine siebenjährige Diktatur einschließen, ein Schritt zur Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen sein, der von der revolutionären Bewegung erzwungen worden ist. Die Regie-rung hat die Wahlen nur widerwillig festgesetzt und hätte sie auch danach noch gern verhindert, wenn sie sich nur stark genug fühlen könnte. Aber sie kennt die Schwäche ihrer Po-sition, man merkte das in der letzten Zeit an der verhältnis-mäßigen Milde, mit der die Justiz die Führer der revolutionä-rären Erhebung vom Dezember des vorigen Jahres be-handelte. Daneben mag in der Regierung noch ein wenig Hoffnung bestanden haben, daß die Gemeinbewahlen doch eine Mehrheit für die Monarchie ergeben werden, wenn auch ein Anwachsen der republikanischen Stimmen von vornherein ganz sicher war. So sollten die Gemeinbewahlen zu einem politischen Barometer werden, nach dem sich der ungefähre Ausfall der nach ihnen stattfindenden Provinzial- und Par-lamentswahlen beurteilen ließ.

Von den gegen die Monarchie stehenden Parteien und Gruppen wurde der Wahlkampf als eine Entscheidung zwi-schen Monarchisten und Republikanern geführt. Die Sozial-istische Partei — wohl die einzige festorganisierte Partei Spaniens von Bedeutung — ging, um die Stöckkraft gegen die Monarchie zu verstärken, ein Bündnis mit den verschiedenen republikanischen Gruppen ein. In den Städten, in denen sich ausschließlich das politische Leben konzentriert, hat diese Wahl-taktik den Sozialisten und Republikanern einen überwältigen-den Erfolg gebracht. So überwältigend, daß z. B. in Madrid auf der sozialistisch-republikanischen Liste nicht sozial Kandi-daten aufgestellt worden waren, als dann gewählt wurden. Die vereinigten Sozialisten und Republikaner erhielten 94 000 Stimmen, die Monarchisten nur 33 000, aber da die ersteren nur 30 Kandidaten aufstellten, sind alle 30 gewählt, aber die Monarchisten erhalten 20 Vertreter im Gemeindeparlament von Madrid, obwohl ihnen nach dem Wahlergebnis höchstens 13 zustehen. Nur in drei oder vier Städten verfügen die Mo-narchisten weiterhin über die Mehrheit. Das ist ganz zweifellos eine entscheidende Niederlage nicht allein des Königs, sondern des gegenwärtigen Herrschaftssystems überhaupt. Daran können auch die Ergebnisse aus den Landgemeinden, die noch nicht vorliegen, nichts ändern. Es ist sicher, daß sie den außer-ordentlich starken Einfluß, den die Kirche und die Regierungs-agenten auf die Landbevölkerung ausüben, zum Ausdruck bringen werden. Aber die Entscheidung über die künftige poli-tische Gestaltung Spaniens kann, nachdem sich das Volk in den

Englische Note über die Zollunion

SPD. Genf, 13. April.
Die Note der englischen Regierung über die Prüfung der deutsch-österreichischen Zollunion durch den Völkerbundrat ist am Montag im Völkerbundsekretariat eingetroffen. Die Note nimmt Bezug auf die Genser Protokolle von 1922 über die Völkerbundsanzleihe für Desterreich und erucht, das neue Zollübereinkommen auf die Tages-ordnung der 68. Ratstagung im Mai zu setzen. Die knappe Seite legt ist nicht von Henderson, sondern von einem Beamten des Foreign Office gezeichnet. Der Wortlaut der Note wurde am Mon-tag den Ratsmächten zugestellt und soll am Dienstagvormittag in Genf veröffentlicht werden.

Die englische Regierung hat sich durch die Note hinsichtlich der Zollunion in keiner Weise festgelegt.

300 Millionen Sowjetaufträge

SPD Berlin, 14. April.
Die deutsch-russischen Verhandlungen zwischen Vertretern des Obersten Russischen Volkswirtschaftsrats und dem Reichsverband der Deutschen Industrie über die Lieferungen deutscher Waren werden heute abgeschlossen. Nach dem über die Verhandlungen fest-gelegten Protokoll, das heute seine Unterzeichnung erfährt, erstrecken sich die von russischer Seite erteilten Aufträge lediglich auf die Schwerindustrie, die Elektrotechnik und den Maschinenbau. Es kommen hierfür mindestens 300 Millionen Reichsmark in Betracht. Die anderen Industriezweige, die ebenfalls Zusichbestellungen von Rußland erhalten sollen, und zwar insbesondere landwirtschaftliche Maschinen, Verkehrsbedarf usw., sind in dem Betrag von 300 Mil-lionen nicht einbezogen.

Im Anschluß an die jetzigen Besprechungen werden die Liefe-rungsverhandlungen zwischen den 20 russischen Fachleuten, die be-reits in Berlin eingetroffen sind, und den einzelnen deutschen Lieferwerken beginnen.

Grzesinski lehnt ab

SPD. Berlin, 14. April.
Der Berliner Polizeipräsident hat die Beschwerde der Bundes-leitung des Stahlhelms gegen das Verbot des Bundesorgans „Der Stahlhelm“ mit einem ablehnenden Bescheid an den preussischen Minister des Innern weitergeleitet, der ebenfalls der Beschwerde nicht entsprechen wird. Die Beschwerdeschrift wird deshalb ent-sprechend der Notverordnung des Reichspräsidenten nunmehr an den zuständigen Senat des Reichsgerichts weitergeleitet.

Reichskanzler hilf!

Beschwerde des Stahlhelms

SPD. Berlin, 14. April.
Der Stahlhelm hat an den Reichskanzler eine Eingabe ge-macht, in der er „die größten Fälle der zahllosen bisher schon er-folgten Behinderungen des Volksbegehrens „Landtagsauflösung“ durch Behörden auf Grund der Notverordnung übermittelt und sein Eingreifen zum Schutze der verfassungsmäßigen Volksabstim-mung in Preußen erbittet“.

Der Reichskanzler ist zur Zeit von Berlin abwesend und wird aller Voraussicht nach nicht vor dem 22. April, d. h. erst nach Ab-schluß des Volksbegehrens, nach Berlin zurückkehren.